

Wildbader Chronik

Amtsblatt
für die Stadt Wildbad.

Erscheint **Dienstag, Donnerstag und Samstag.**
Bestellpreis vierteljährlich 1 Mk. 10 Pfg. Bei allen württembergischen Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr vierteljährlich 1 Mk. 15 Pfg.; außerhalb desselben 1 Mk. 20 Pfg.; hiezu 15 Pfg. Bestellgeld.



Anzeiger
für Wildbad u. Umgebung.

Die **Einrückungsgebühr**
beträgt für die einspaltige Zeile oder deren Raum 8 Pfg. auswärts 10 Pfg., Reklamezeile 20 Pfg. Anzeigen müssen den Tag zuvor aufgegeben werden. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Hierzu: **Illustriertes Sonntagsblatt** und während der Saison: **Amtliche Fremdenliste.**

Nr. 30.

Samstag, den 10. März 1906.

42. Jahrgang.

Kundschau.

Stuttgart, 8. März. Die Debatte über die Erweiterung des Stuttgarter Hauptbahnhofes kam gestern im Landtag zum Abschluß. Sie endigte damit, daß der im Lauf der Beratung modifizierte Antrag der Kommission, den der Verwaltung zur Verfügung zu stehenden Kredit für Grunderwerbungen usw. um 1 Million Mark zu erhöhen, also statt der ursprünglich von der Kommission beantragten 7,2 Mill. 8,2 Millionen Mark zu bewilligen.

Stuttgart, 9. März. In Sachen des Fhrn. v. Münch gegen den württ. Landesfiskus betr. Entschädigung in Höhe von 10 000 Mk. wegen ungezügelter Einweisung in württ. Irrenanstalten verhandelte heute der erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts das Urteil, wonach die Berufung des Klägers gegen das die Klage abweisende Urteil der Zivilkammer kostenpflichtig verworfen wird.

Ludwigsburg, 7. März. Das Warenhaus Stern ist, wie schon in der letzten Nummer kurz gemeldet, gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr vollständig niedergebrannt. Das Feuer war in einem Schaufenster, das eben deforiert werden sollte, ausgebrochen. Daselbe griff so rasch um sich, daß alles dem gefährlichen Element entfliehen mußte, die Fräulein z. T. unter Zurücklassung ihrer Garderobe. Der eine der Geschäftsführer, der im Hause wohnt, konnte gerade noch sein Kind retten. Das Haus, das Eisenkonstruktion hat und dessen Böden betoniert waren, ist ausgebrannt und zwar griff das Feuer mit ungeheurer Schnelligkeit um sich.

Pforzheim, 8. März. Einen rührenden Beweis von Bruderverliebe und Freundestreue lieferten, dem „P. G. A.“ zufolge, in diesen Tagen zwei 16jährige Jungen aus Ottenhausen, Friedrich Schönthaler und Friedrich Schaber. Der Bruder des Erstgenannten liegt mit schweren und großen Brandwunden im Kinderhospital Siloah. Da zu der Heilung Haut überpflanzt werden muß, ließen die beiden opferwilligen Knaben Haut von ihrem Körper entnehmen um dem Bruder und Freund zur Genesung zu verhelfen. Alle drei Beteiligten befinden sich wohl.

Homburg v. d. S., 6. März. Im hiesigen Stadthause fand gestern eine Besprechung über die elektrische Bahnanlage Homburg-Frankfurt statt. Das Resultat der Besprechung gipfelte darin, daß möglicherweise in diesem Jahr der Bau begonnen wird und bis zum Herbst nächsten Jahres ausgeführt werden soll. Die Trasse führt über Eschersheim, Hedderheim, Bonames, Obereischbach, Gonzenheim, Homburg. Die Fahrzeit von Kurhaus Homburg bis zur Hauptwache Frankfurt soll 48 Minuten dauern, und die Züge im Winter alle 20 Min., im Sommer alle 10 Min. verkehren.

Berlin, 5. März. Das Vermögen der Invalidenversicherungsanstalten des Reiches wird in einer neuen Zusammenstellung zum ersten Male mit einem Betrage von mehr als einer Milliarde Mark zu Beginn des Jahres 1905 nachgewiesen. Fast der achte Teil des Vermögens der Invalidenversicherungsanstalten

entfällt auf die reichste, die der Rheinprovinz mit 124 1/2 Millionen Mark. Fast ebensoviel, nahezu 119 Millionen, entfallen auf das Königreich Sachsen. An dritter Stelle steht Schlesien mit fast 80 Millionen. An vierter Stelle kommt Berlin mit 65,9 Millionen.

Dresden, 7. März. König Friedrich August von Sachsen brachte bei der gestrigen Galatafel auf den König von Württemberg einen Trinkspruch aus, in dem er u. a. betonte, wie wichtig es sei, daß in diesen Tagen politisch hoher Erregung besonders die deutschen Bundesfürsten es bewiesen und bestätigten, wie fest und treu ihre Freundschaft zu einander sei. Hätten doch auch Württemberger und Sachsen auf blutgetränkten Schlachtfeldern Waffenbrüderschaft geschlossen, und die Men Billiers und Champigny würden ihnen unvergeßlich bleiben. Nachdem der König noch der verwandtschaftl. Beziehungen beider Fürstenhäuser gedacht hatte, schloß er: Alle Gefühle des Dankes und der Freundschaft, die mich in diesem Augenblick zu Eurer Majestät erfüllen, bitte ich in die Worte zusammenfassen zu dürfen: Seine Majestät, der König von Württemberg, mein erlauchter und lieber Freund, er lebe hoch! — Hierauf dankte der König von Württemberg zunächst für den freundlichen Empfang in Sachsens Hauptstadt. Als Chef des württembergischen Hauses sagte er innigster Dank für das Glück, das eine Angehörige seines Hauses in Sachsen gefunden habe, daß eine innige und treue Bundesfreundschaft der deutschen Fürsten die feste Bürgschaft dafür sei, daß auch in schwerer Zeit, vor welcher uns Gott bewahren möchte, immer ein fester Hort in den Thronen Deutschlands zu finden sei für Recht, Sitte und Ordnung, sei auch seine volle Ueberzeugung. In treuer Hingebung an das große deutsche Vaterland — so schloß der König seine Rede — fühlen wir uns alle geeint. Dies hindert aber nicht die innige Anhänglichkeit und die warmen Gefühle des einen Stammes für den anderen, und in diesem Sinne fasse ich nochmals meinen Dank für alle Gnade und Wohlwollen zusammen in den Worten: Seine Majestät der König von Sachsen, mein werter und lieber Freund, mein Bundesgenosse, und sein Haus hoch! — Der König von Württemberg ist heute vormittag abgereist. König Friedrich August begleitete ihn zum Bahnhofe.

— Ueber einen teuren Willarditof berichtet das „Berl. Tagebl.“: In einer Wirtschaft in Gehrden bei Hannover spielten 2 Landwirte vor einiger Zeit Willard. Zu der Nähe des Willards saßen an einem Tische Skatspieler. Der eine Willardspieler stieß versehentlich einen der Skatspieler, einen Arzt, mit dem Willarditof so hinter das Ohr, daß das Gehörvermögen verschwand. Der Arzt klagte auf Schadenersatz und der Beklagte wurde auf Grund der Gutachten vom Landgericht Hannover zur Zahlung einer lebenslänglichen Rente im Betrage im Betrage von jährlich 1660 Mk. verurteilt. Wahrscheinlich kommt aber zwischen beiden ein Vergleich zustande, nach dem sich der Arzt mit einer einmaligen Abfindung von 13,000 Mark zufrieden geben wird.

Bern, 9. März. Aufsehen erregt in medizinischen Kreisen die Mitteilung betr. Heilung des Krebses, die Dr. Obier aus Genf der Akademie der Wissenschaften in Paris machte. Das Heilmittel ist kein Serum, sondern ein organisches Gährungsmitel, das die schädlichen Stoffe auflöst.

Lokales.

Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 3. März 1906.

Am 13. bis 15. September ds. Js. wird unsere Badestadt von ca. 200 Ärzten der Silberfischen ärztlichen Studienreise besucht werden. Die Kgl. Badverwaltung beabsichtigt aus diesem Anlaß verschiedene Festlichkeiten zu veranstalten und es haben sich auf Veranlassung des Stadtvorstands die hiesigen größeren Gasthofbesitzer bereit erklärt, den Ärzten über die Dauer ihrer Anwesenheit freies Logis und freies Frühstück anzubieten. Wie es in allen andern Badeorten der Fall war, ist aber auch seitens der Stadtgemeinde aus diesem Anlaß eine kleine festliche Veranstaltung zu treffen und es wurde an die Stadt der Antrag gestellt, daß sie am Abend des 14. September ds. Js. einen Bierabend mit kaltem Büffet veranstaltet. Die bürgerl. Kollegien beschließen, dem Antrage zu entsprechen und die Kosten des Bierabends im ungefähren Betrag von 600 Mk. aus der Stadtkasse zu bewilligen.

Wie schon des Ofteren haben die das städtische Lehrerwohnungsgebäude bewohnenden Lehrer an die bürgerlichen Kollegien die Bitte gerichtet, die Abortanlagen in diesen Gebäuden einer Verbesserung zu unterziehen und dieselben mit Wasserspülung versehen zu lassen. Insbesondere seien die Abortverhältnisse der Kleinkinderschule einer Verbesserung dringend bedürftig. Des Weiteren bitten die Lehrer ihre Wohnungen mit Gasleitung für Leucht- und Heizzwecke versehen zu wollen. Bevor ein Beschluß in dieser Sache ergeht, wollen die bürgerlichen Kollegien genaue Anhaltspunkte über den Kostenaufwand, den beide Einrichtungen verursachen würden und es wird der Stadtbaumeister mit der sofortigen Anfertigung von Kostenvoranschlägen beauftragt.

An Ostern ds. Js. feiert die Hebamme Frau Anna Marie Günthner in Sprollenhause ihr 30jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß wird ihr in Anerkennung ihrer gewissenhaften und pflichttreuen Amtsführung eine Gratifikation von 50 Mk. aus der Stadtkasse verwilligt.

Zur Ausführung der Wasserwerksanlage der städtischen Rennbachsägmühle ist die Erwerbung der der Frau Rudolf Schweizer, Privatiers Witwe hier gehörigen Wiesenparzelle No. 523/6 in Bruchwiesen notwendig, da der Auslaufkanal des Wasserwerks in diese Parzelle zu liegen kommt. Der Stadtpfleger hat deshalb das Grundstück unterm 1. März d. J. für die Stadtgemeinde um die Summe von 1100 Mk., zahlbar bei der Auslassung käuflich erworben, welcher Kaufvertrag von den bürgerlichen Kollegien genehmigt wird.

Durch Eingabe vom 17. Febr. ds. Js. bitet der hiesige Naturheilverein um ein unverzinsliches Darlehen von 1000 Mk. aus der Stadtkasse zum Zwecke der Erweiterung des von ihm auf dem Areal des Gasthauses zur Uhlandshöhe erbauten Licht-, Luft- und Sonnenbads auf die Dauer von 3 Jahren. Er begründet sein Gesuch damit, daß andere Kurorte derartige Einrichtungen auf öffentliche Kosten getroffen hätten und solche z. Bt. allgemein als eine unentbehrliche Ergänzung der sonstigen Kurmittel eines Kurortes angesehen werden. Da die bürgerl. Kollegien durch die seitherige Frequenz des Licht-, Luft- und Sonnenbads zu der Ueberzeugung nicht gelangen können, daß sich eine derartige Anstalt in der hiesigen Badestadt als lebensfähig erweisen wird, wird das Gesuch abgelehnt.

Die vom Stadtschultheißenamt und der Stadtpflege mit der Kgl. Badverwaltung unterm 2. März ds. Js. getroffene Vereinbarung über Einführung der Abwässer des neu zu erbauenden Schwimmbades in die städt. Kanalisation wird genehmigt. Es folgen Dekreturen, Schätzungen und kleinere Gegenstände.

Ein Herzogspaar unter Kuratel.



Herzog Paul Friedrich v. Mecklenburg-Schwerin

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat seinen Onkel, den Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin und dessen Gemahlin, eine geborene Prinzessin von Windischgrätz durch das Hausministerium unter Kuratel stellen lassen. In eingeweihten Kreisen hat man einen derartigen Ausgang vorausgesehen, da die Schuldenlast des Herzogs allzu groß war. Der 53 Jahre alte Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg ist der älteste Vatersbruder des jetzigen Großherzogs. Er verheiratete sich 1881 mit seiner Cousine, einer Prinzessin von Windischgrätz und verpflichtete sich, seine Kinder in deren Religion, also katholisch, erziehen zu lassen. Daraus erhielt er als preussischer Offizier seinen Abschied. Ja sein Onkel, Kaiser Wilhelm I. wollte ihn sogar vor ein Kriegsgericht stellen lassen. Der Herzog gehört auch heute noch nicht der preussischen Armee an, sondern ist mecklenburgischer General. Seine Kinder sind katholisch. Er mußte infolgedessen auf die Erbfolge verzichten, d. h. weder er noch seine Nachkommen sollten, solange irgend ein protestantisches Mitglied der Familie bestände, erberechtigt sein. Seine Tochter Marie Antoinette wurde vor einigen Monaten als wahrscheinliche Braut des Königs von Spanien viel genannt. Von seinen Söhnen verunglückte einer als Marineoffizier bei dem bekannten Untergang eines Torpedoboots, ein anderer, Herzog Heinrich Borwin, steht als Leutnant bei den Bieten-Husaren in Rathenow.

Unterhaltendes.

„Herz und Ehre“

Erzählung von Arthur Zapp. (Nachdruck verboten.)

VI.

Professor Wollmar ging seinem Sohne entgegen, als dieser mit fragendem Blick eintrat. „Nun? wie erträgt sie es? forschte der

Leutnant und sah seinem Vater voll Spannung ins Gesicht.

Tiefer Kummer sprach aus den Mienen des alten Herrn.

„Sie ist außer sich, sie sträubt sich gegen die Aufhebung der Verlobung.“

„Habt Ihr denn alles gesagt?“

„Freilich. Mama und ich, wir beide haben uns dieser schweren Aufgabe unterzogen. Aber mit dem Kinde ist nichts auszurichten.“

Claus Wollmar blieb eine Weile nachdenklich mitten im Zimmer stehen.

„Ich werde mit ihr sprechen,“ sagte er endlich.

Er fand Else in ihrem kleinen Gemach, auf dem Sofa sitzend neben der Mutter, die die Weinende mit beiden Armen umschlungen hielt. Als Else den Bruder wahrte, sprang sie auf und eilte auf ihn zu. Claus winkte seiner Mutter zu gehen.

„Armes Kind!“ sagte er und streichelte seiner Schwester die bleichen Wangen. „Schweres ist über dich gekommen. Ich will dir helfen, es ist zu tragen.“

Ihre Augen, in denen noch die Tränen perlten, sahen voll herzerweichenden Flehens zu ihm auf.

„Ja, Claus,“ rief sie, „hilf mir! Lieber, guter Claus, du wirst nicht dulden, daß sie mich von ihm losreißen, daß sie uns trennen. Ich liebe ihn ja so sehr, ich liebe ihn über alle Maßen.“

Der Offizier fühlte, wie weh ihm wurde.

„Laß uns einmal vernünftig sprechen, Schwesterchen!“ sagte er. „Du weißt doch, was er getan hat?“

„Ja, Mama hat es mir erzählt. O, wie sehr muß er gelitten haben! Nun muß ich ihn noch viel mehr lieben, Claus!“

Der Leutnant konnte eine Bewegung des Erstaunens nicht unterdrücken. Eine Nuance von Mißbilligung und Unwillen lag in dem Ton seiner Stimme, als er erwiderte: „Noch viel mehr? Ja, macht es denn gar keinen Eindruck auf dich, wenn du dir sagen mußt, er ist ein Unwürdiger, er hat eine Handlung begangen, aus der eine ehrlose, niedrige schlechte Gesinnung spricht?“

„Schlecht? Nein Claus, schlecht ist er nicht. Ich weiß nicht, warum er es getan hat, aber das weiß ich, daß er es aus ehrloser, niedriger Gesinnung nicht getan haben kann. Du kennst ihn nicht, Claus, wenn du behauptest, er sei schlecht.“

Sie ergriff seine beiden Hände, beugte sich zu ihm hinüber und sah ihn voll ausleuchtender Hoffnung ins Gesicht.

„Nicht wahr, Claus, sagte Else Wollmar mit leidenschaftlicher Eindringlichkeit zu ihrem Bruder, „du stehst mir bei. Du sprichst mit Papa. Ich könnte es nicht ertragen, wenn nun unsere Verlobung zurückginge, wenn ich Viktor nicht mehr sehen sollte. Ich würde daran sterben, Claus. Ich könnte ja nie mehr froh und glücklich sein.“

Wieder überströmten ihre Augen. Der Offizier drückte bewegt, voll Mitgefühl, die Hände der Schluchzenden. Sie hatten immer so innig Gemeinschaft gehalten von Kind auf und ihre kleinen Leiden und Freuden getreu miteinander getragen und geteilt. Und nun mußte er helfen, ihr den ersten großen Schmerz ihres Lebens zuzufügen. Er zog sie an sich heran und bettete ihren Kopf an seiner Schulter und strich ihr liebevoll über Stirn u. Scheitel.

„Fasse dich, armes Kind“, tröstete er bewegt. „Du wirst es überwinden. Sieh, du kannst doch unmöglich glücklich werden mit einem Menschen, den du ja doch nicht mehr achten kannst.“

Ihr Kopf schneelte mit jähem Ruck in die Höhe.

„Nicht mehr achten? Warum denn nicht! Ich sollte ihm das, was er vor langen Jahren verschuldet, nicht verzeihen? Ich, die ich ihn liebe! Dann wär' ich ja grauam, dann wär' ich ja herzlos, dann müßte ich mich selbst verachten und hassen. Wenn ich nun seine Frau wäre, müßte ich dann nicht nach dem göttlichen Gebot alles mit ihm tragen?! Nein, Claus, das könnt ihr im Ernst nicht verlangen, daß ich ihn nun herzlos und treulos im Stich

lasse. Mich geht es nichts an, wie er früher war. Ich liebe ihn ja doch, wie er jetzt ist. O Claus, mein lieber, guter Bruder, du wirst mich nicht verlassen, du wirst nicht wollen, daß ich unglücklich werde. Du wirst mir helfen, Papa zu erweichen.“

Claus Wollmar wandte sein Gesicht ab. Es war ihm unmöglich, den Blicken, die sich in innigem Flehen mit so gläubigem Vertrauen auf ihn richteten, zu begegnen. Sein Atem ging schwer und mühsam.

„Du verlangst Unmögliches von mir, liebe Else,“ entgegnete er gepreßten, dumpfen Tones.

„Weißt du denn nicht, welches Opfer es mich kosten würde, würdest du Viktor Lehnharde Frau?“

Sie sah ihn mit wirren, fragenden Augen an.

„Ich würde,“ erklärte er, „meinen Abschied nehmen müssen.“

„Deinen Abschied? Ist das auch wirklich wahr, Claus?“

Er nickte und sagte mit feierlichem Ernst und Nachdruck: „Ich gebe dir mein Ehrenwort, daß ich nicht länger Offizier bleiben könnte, reichte meine Schwester einem Manne die Hand, der — eine solche Vergangenheit hinter sich hat. Und das füge ich noch hinzu: Darüber gib dich keiner Täuschung hin, niemals würde ich ihn als meinen Schwager betrachten. Deine Verheiratung mit Lehnhard würde mich nicht nur meinen Beruf, sie würde mich auch meine Schwester kosten.“

„Claus!“ schrie die Unglückliche verzweifelt auf und schlug die Hände vor ihr tränenüberströmtes Gesicht. Sieh mit dem Oberkörper auf die Sofalehne werfend, brach sie in ein erschütterndes Schluchzen aus.

Der Offizier saß schweigend daneben. Sein Gefühl als Bruder kämpfte einen harten Kampf mit der Liebe zu seinem Beruf, mit seinem Ehrgeiz, mit seinen Idealen, mit dem Besten, was in ihm war.

Plötzlich schneelte Elses Oberkörper wieder in die Höhe und sie legte ihre beiden Hände dem Bruder auf die Schultern. Mit Blicken voll heißer Angst und voll leidenschaftlichen Flehens sagt sie, zugleich vor Scham erglühend:

„Claus, mein lieber, lieber Claus, wüßtest du, wie ich ihn liebe, du würdest Erbarmen mit mir haben. Sieh, Claus, du kannst gewiß auch in einem anderen Berufe glücklich werden, für mich aber gibt es kein Glück mehr ohne Viktor. Fürne mir nicht, Claus, verdamme mich nicht! Schilt mich nicht lieblos gegen dich! Ich kann ja nicht dafür, daß ich ihn lieb habe, mehr als alles andere in der Welt!“ (Fortf. folgt.)

Standesbuch-Chronik

der Stadt Willbad vom 27. Febr. bis 6. März.

Geburten:

- 27. Febr. Magenreuter, Wilhelm Friedrich, Schuhmacher in Sprossenhaus, 1 Sohn.
- 3. März. Seeber, Wilhelm Friedrich, Kurtaxeneinnehmer hier, 1 Sohn.
- 5. März. Wolff, Wilhelm Gustav, Buchbinder hier, 1 Sohn.

Eheschließungen:

- 5. März. Allgauer, Karl Otto, Kaufmann in Pforzheim u. Freiberg, Sofie Mathilde, Radnerin von hier.

Aufgebote:

- 7. März. Bernhard, Gottfried Franz, Dr. med. prakt. Arzt in Rietzshausen, u. Schreiner, Barbara Christine in Wattenheim, Bayern.

Gestorbene:

- 4. März. Zimmer, Pauline, Privatiers hier, 63 Jahre alt.
- 5. März. Santenbein, Anna Marie, Tochter des Holzsefers Christian Santenbein hier, 1 Jahr alt.
- 6. März. Krauß, Christine geb. Ottmar, Ehefrau des Holzhauers Jakob Heinrich Krauß hier, 60 Jahre alt.

Hierzu 1 Beilage betr.: „Die Arbeiten und Aufgaben des württemb. Landtags und Fragen der Reichspolitik.“

Seidenstoffe von Mk. 1.10 an — fertige Blusen! — Muster und Auswahlen an jedermann!
Seidenhaus Weinbrenner, Stuttgart, Marienstrasse 10.

Die Arbeiten und Aufgaben des württ. Landtags und Fragen der Reichspolitik.

Reden des Landtagsabgeordneten Stadtschultheiß Röder-Künzelsau und des Reichs- und Landtags-
abgeordneten Prof. Dr. Hieber,

gehalten auf der Landesversammlung der Deutschen Partei am 14. Januar 1906.

Röder: Ueber die Arbeiten und Aufgaben des Landtags.

Meine Herren! Der Landtag trat am 4. November 1904 zusammen.

Die Thronrede, mit welcher er eröffnet wurde, bezeichnete als Aufgaben des neuen Landtags

die Beratung der Entwürfe einer Gemeinde- und Bezirksordnung, des Hauptfinanzetats für die Jahre 1905 und 1906, einer Volksschulnovelle, die hauptsächlich die Verbesserung des Einkommens der Volksschullehrer enthielt, die Verwilligung von Mitteln zur Erbauung eines neuen Hoftheaters und zu Zwecken der Eisenbahnverwaltung, hauptsächlich zum Bahnhofumbau in Stuttgart, einiger kleinerer Vorlagen und unter den zu lösenden Aufgaben in vorderster Reihe stehend der Verfassungsfrage.

Wenn ich diese Reihenfolge einhaltend mich zunächst der Gemeinde- und Bezirksordnung zuwende, so darf ich als bekannt voraussetzen, daß den Anstoß zu der ganzen Verwaltungsreform gegeben hat und auch den Kern derselben bildet

die Frage der Abschaffung der Lebenslänglichkeit des Ortsvorsteheramts.

Ueber die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme habe ich mich nicht weiter zu verbreiten. Die Frage ist längst entschieden, indem alle Parteien die Abschaffung der Lebenslänglichkeit in ihr Programm aufgenommen haben. Sie wurde in der Zweiten Kammer auch mit 78 gegen 4 Stimmen angenommen. Unstritten war nur noch die Frage der Rückwirkung auf die im Amt befindlichen Ortsvorsteher. Hier gingen die Meinungen auseinander; auch zwei Mitglieder unserer Fraktion hatten sich ihren Wählern gegenüber für Rückwirkung jedoch volle Entschädigung festgelegt. Die Mehrheit unserer Fraktion hielt jedoch in Übereinstimmung mit der Haltung der Fraktion im früheren Landtag und dem Parteiprogramm daran fest, daß die Rückwirkung eine Unbilligkeit wäre auch bei Gewährung einer vollen Entschädigung, diese letztere aber die Gemeinden zudem sehr schwer belastet hätte. Sie wurde auch abgelehnt.

Die Wahlperiode für den Ortsvorsteher ist nun auf zehn Jahre festgesetzt. Um zu ermöglichen, daß den größeren Gemeinden, welche berufsmäßig vorgebildete Ortsvorsteher anzustellen pflegen, sich auch bei der periodischen Wahl tüchtige Kräfte zur Verfügung stellen, wurde, damit der Ortsvorsteher im Fall der Nichtwiederwahl nicht in eine Not gerät, diesem ein Ruhegehalt ausgesetzt. Die betreffende Bestimmung geht dahin, daß einem nach zehnjähriger Dienstzeit nicht wiedergewählten Ortsvorsteher, sofern er der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte oder einer städtischen Pensionskasse angehört, ein zweijähriger Ruhegehalt, wozu die Gemeinde 30% beizutragen hat, und einem nach 20jähriger Dienstzeit als Ortsvorsteher oder nach 30jähriger Gesamtdienstzeit als pensionsberechtigter Gemeinde- oder Korporationsbeamter, nicht wiedergewählten Ortsvorsteher ein lebenslänglicher Ruhegehalt zu gewähren ist.

In ähnlicher Weise wurden auch die Anstellungs- und Pensionsverhältnisse der städtischen Berufs- und der Korporationsbeamten geregelt: Wenn mit Ablauf von je zehn Dienstjahren ihnen der Dienst nicht sechs Monate vorher gekündigt wird, so verlängert sich die Dienstzeit von selbst auf weitere zehn Jahre. Die Ruhegehaltsansprüche im Fall der Nichtwiederanstellung wurden jedoch mit Rücksicht darauf, daß diese Beamten meist in jüngeren Jahren angestellt werden und nicht dem allgemeinen Wahlrecht unterliegen, bei befriedigenden Leistungen wohl immer wieder angestellt werden, um zehn Jahre weiter hinausgeschoben. Der auf lebenslängliche Anstellung gehende Wunsch der Gemeindebeamten konnte nicht berücksichtigt werden in einem Gesetz, das die Abschaffung der Lebenslänglichkeit des ersten Gemeindebeamten zum ausgesprochenen Zweck hat.

Was die Staatsaufsicht über die Gemeindeverwaltung betrifft, so wurde eine weitere Einschränkung der Genehmigungsfälle beschlossen, sie mußte jedoch an dem Punkt Halt machen, wo das Interesse der gegenwärtigen und der künftigen Generation und eine geordnete Finanzwirtschaft der Gemeinden in Frage kommen (Schuldenaufnahmen, Vermögensveräußerungen und Verteilungen). Auch die Rechnungsrevision und Abhör soll im Sinn einer weiteren Ausdehnung der Selbstverwaltung der Gemeinden neu geregelt werden.

Ein Hauptmotiv für die Erlassung einer neuen Gemeindeordnung war sodann die Schaffung einer den Bedürfnissen der großen Städte mehr entsprechenden Organisation der Gemeindebehörden und der Gemeindevertretung und eine Vereinfachung des Apparats der auf dem Zweikollegialsystem beruhenden Verwaltung der kleineren Gemeinden. Die Regierung war hiezu durch wiederholte Kammerbeschlüsse durch eine Eingabe der Kollegien von Stuttgart aus dem Jahr 1891 und durch die Programme fast aller Parteien aufgefordert. Der Entwurf sah denn auch für die kleineren Gemeinden nur 1 Kollegium — den verstärkten Gemeinderat mit Verwaltungsausschüssen und für die Städte mit über 10000 Einwohner ein kleineres Verwaltungsorgan — den Stadtrat — und eine größere Gemeindevertretung — das Stadtverordnetenkollegium, welches der Verwaltung Ziel und Richtung geben sollte, vor.

Bei näherem Eingehen auf die Regierungsvorschläge zeigte sich jedoch bald, daß der Bürgerausschuß, der landauf landab in Städten und Dörfern aus zum Teil recht unansehnlichen Minoritätswahlen hervorgeht, mehr Freunde als Gegner hat und er soll also bleiben.

Was aber die sogen. Magistratsverfassung betrifft, so stellte sich heraus, daß sie für die mittleren Städte weder Bedürfnis ist, noch von diesen gewünscht wird. Haben diese ja bis jetzt noch nicht einmal von dem Recht der Anstellung besoldeter Gemeinderäte Gebrauch gemacht. Ueberraschen mußte aber der Widerstand der Großstadt Stuttgart, welchen diese der Magistratsverfassung entgegenbrachte, nachdem sie diese früher selbst gewünscht hatte. (Sehr richtig.)

Ob der Regierungsvorschlag gerade das richtige getroffen hatte, mag dahingestellt bleiben, er wäre ja wohl verbesserungsfähig gewesen; ob aber eine Stadt mit $\frac{1}{4}$ Million Einwohner und mit zahlreichen Außengemeinden, die alle eine Vertretung im Gemeinderat beanspruchen, auf die Dauer mit einem so vielköpfigen Verwaltungskollegium wird auskommen können, das muß die Zukunft lehren. Einstweilen ist der Wunsch der Stadt Stuttgart erfüllt und sie wird auch in Zukunft zwei Kollegien mit der gleichen Zahl — Gemeinderat und Bürgerausschuß — haben. Wir glaubten uns an das Parteiprogramm gebunden und traten für die Magistratsverfassung ein, blieben aber in der Minderheit. Nur eines ist aus der Magistratsverfassung in den Entwurf, der nun der Ersten Kammer vorliegt, herübergerettet worden, das ist die Verhältniswahl für die mittleren und großen Städte. Wenn man die Vorgänge bei der letzten Gemeinderatswahl in Stuttgart in Betracht zieht, wo es einer Minoritätspartei gelungen ist, die Herrschaft auf dem Rathaus an sich zu reißen und die viel stärkeren verbündeten rechtsstehenden Parteien vollständig auszuschließen, so wird man dringend wünschen müssen, daß die Gemeindeordnung und damit die Proporzwahl bald Gesetz wird.

Die mit der Gemeindeordnung im engsten Zusammenhang stehende Bezirksordnung soll einen neuen Selbstverwaltungskörper — den Bezirksrat — zur Mitentscheidung bei Gegenständen der staatlichen Bezirksverwaltung, namentlich auf dem Gebiet der Bau- und Gewerbepolizei, aber auch der Staatsaufsicht über die Gemeindeverwaltung, in den Organismus der Verwaltung einführen. Da die Entscheidungen des Bezirksrats in vielen Fällen keine endgültigen sind, sondern eine weitere Instanz zulassen, so lag der Gedanke nahe, auch in der Kreisinstanz das Laienelement beizuziehen. Die Regierung erklärte aber, im jetzigen Augenblick nicht zugleich eine Kreisordnung vorlegen zu können; die Erlassung einer solchen wird aber nicht lange auf sich warten lassen dürfen, soll anders die Selbstverwaltung nicht in einer rein staatlichen Behörde der Kreisregierung ihr Ende haben.

Das Wort zur Gemeinde- und Bezirksordnung hat nun die Erste Kammer. Wie man hört, hat deren Kommission abweichende Beschlüsse beantragt. Wir wollen hoffen, daß dieselben nicht von so tiefgehender Bedeutung sind, daß sie eine Verständigung ausschließen, damit endlich auf diesem lang umstrittenen Gebiet ein Fortschritt erzielt wird. (Beifall.)

Ich wende mich nun mit einigen Worten den Verhandlungen über den Staatshaushalt für die Jahre 1905 und 1906 zu. Außerlich bieten dieselben das wenig erfreuliche Bild, daß der Etat von der Regierung etwas spät eingebracht, von der Zweiten Kammer wegen den auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungen über die Gemeinde- und Bezirksordnung verspätet in Angriff genommen, durch das immerwährende Einbringen von Nachtragsetats am Abschluß verzögert, erst in der Schlussitzung am 24. Juli 1905 verabschiedet werden konnte.

Inhaltlich hob sich derselbe von seinem Vorgänger vorteilhaft ab, indem das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt war. Nicht übersehen darf dabei werden, daß früher die Bauten und staatlichen Zuschüsse zu Nebenbahnen aus Restmitteln bestritten, während sie diesmal auf Schulden genommen wurden. Hinsichtlich der Schulden haben wirs ziemlich weit gebracht, sie haben die hübsche Summe von 550 Millionen Mark nahezu erreicht mit einem Zinsenbedarf von fast 19 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Drohend steht hinter diesen Ziffern der Stuttgarter Bahnhof. Sobald einmal die Meinungen hierüber geklärt sind, ist ihnen ein rasches Wachstum gesichert. (Heiterkeit.)

In den Etat waren diesmal die Mittel zur Aufbesserung der Gehalte der Geistlichen und Volksschullehrer eingestellt. Der Mehraufwand für die Gehaltsaufbesserung der Lehrer war im Regierungsentwurf für den Staat zu 673000 Mark berechnet; die Kammer legte noch 125000 Mark hinzu. Trotzdem war die Kammer in der Lehrerpresse zum Teil scharfen Angriffen ausgesetzt, weil sie nicht noch höher gegangen war, was sie gewiß gerne getan hätte, wenn ihr die Mittel zur Verfügung gestanden wären. Einen großen Einfluß auf unsern Etat haben die Einnahmen aus unsern Eisenbahnen und die Matrikularbeiträge. Was die erstern betrifft, so wird hierüber nachher ein anderer Redner sich aussprechen. Bezüglich der Matrikularbeiträge, die unsern Etat stark belasten, ist dringend zu wünschen, daß die Reichsfinanzreform zustande kommt.

Zum erstenmal ist im Etat die neue Einkommensteuer mit einem mutmaßlichen Ertrag von 14,8 Millionen Mark eingestellt, wogegen die Ertragssteuern auf 2% ermäßigt wurden. Es ist erfreulich, daß das tatsächliche Ergebnis der Einschätzung diese Summe nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen haben soll, umso erfreulicher, als dadurch dem

weitem Ausbau unseres Steuersystems die Wege geebnet sind. Daß zu der Einkommensteuer eine Vermögenssteuer als Ergänzung hinzutreten muß, und die mangelhaften Ertragssteuern einen Ersatz hierfür nicht bieten, darüber ist wohl kein Zweifel. Ich erlaube mir in dieser Beziehung nur auf einen Punkt hinzuweisen. Unsere jetzige Grund- und Gebäudesteuer als Reinertragssteuer vermag den unverdienten Wertzuwachs nicht zu erfassen, das kann bloß durch eine Besteuerung nach dem gemeinen Wert geschehen und die jetzige Gewerbesteuer setzt sich zusammen aus einer Betriebskapitalertragssteuer und einer Steuer auf den persönlichen Arbeitsverdienst. Dieser letztere wird aber von der Einkommensteuer voll getroffen. Um das Mißliche seiner Doppelbesteuerung zu vermeiden, ist man zu dem System der Abzüge geschritten. Dieses schablonenhafte System kann aber auf längere Dauer nicht aufrecht erhalten werden.

Der Hauptgegenstand, mit dem sich der am 11. Januar zusammengetretene Landtag zu beschäftigen hat, ist die Verfassungsrevision.

Der Regierungsentwurf ist schon längere Zeit veröffentlicht und über die Kommissionsverhandlungen hat die Presse das wesentliche berichtet, ich darf daher beides als bekannt voraussetzen. In der Hauptsache handelt es sich darum

1. die Zweite Kammer in eine reine Wahlkammer umzuwandeln und die Privilegierten der Geburt und des Amtes aus ihr zu entfernen und teilweise in die Erste Kammer zu versetzen;
2. der Ersten Kammer eine andere Zusammensetzung zu geben durch Beimischung bürgerlicher Elemente und Aufnahme von aus der Zweiten Kammer ausscheidenden Privilegierten;
3. Aufhebung des Stimmübertragungsrechts der Standesherrn.

Der Regierungsentwurf sah für die Erste Kammer einen Mitgliederbestand von 47 vor, nämlich

Prinzen des Rgl. Hauses	4
Standesherrliche Mitglieder	19
Lebenslängliche Mitglieder	6
Vertreter des ritterschaftlichen Adels	6
„ der Kirchen (4 evang., 2 kath.)	6
„ der Hochschulen	2
„ von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft	4

47

Die Kommission tat zu den sechs ritterschaftlichen Vertretern noch einen hinzu und bewilligte außerdem dem Handwerk noch einen Vertreter.

Der Entwurf will, daß die Vertreter des Handels- und Gewerbestandes und der Landwirtschaft vom König auf die Dauer einer Wahlperiode ernannt werden. Die Kommission beschloß, sie von den organisierten Berufskörperschaften wählen zu lassen.

Dieser bedeutenden Verstärkung der Ersten Kammer gegenüber sah der Entwurf eine an Zahl gegen bisher schwächere Zweite Kammer vor, indem er von einem Ersatz der ausscheidenden Privilegierten Umgang nahm, und sie nur aus je 1 Abgeordneten der 63 Oberamtsbezirke, 6 Abgeordneten der Stadt Stuttgart und je 1 Abgeordneten der sechs weiteren sogen. guten Städte, zusammen 75 (gegen jetzt 93) bestehen lassen wollte. Die Kommission ist mit gutem Grunde auf eine solche Schwächung der Zweiten Kammer nicht eingegangen und schlägt vor, in dieselbe noch 17 Abgeordnete durch Listen- und Verhältniswahl im ganzen Lande wählen zu lassen.

Die Regierung wollte sodann aus einem nicht recht ersichtlichen Grunde die Stichwahlen abschaffen und wenn bei der ersten Wahl sich eine absolute Mehrheit nicht ergibt, bei einer vorzunehmenden zweiten Wahl die verhältnismäßige Stimmenmehrheit entscheidend sein lassen. Wir glaubten dem nicht zustimmen zu können und die Mitglieder unserer Fraktion in der Kommission sind für Beibehaltung der Stichwahlen eingetreten, die denn auch von der Kommission beschlossen ist.

Wegen der für die Stadt Stuttgart und der 17 vom ganzen Lande zu wählenden Abgeordneten beabsichtigten Einführung der Verhältniswahl sowie der Wahlen zur Ersten Kammer ist sodann eine Abänderung des Landtagswahlgesetzes nötig. Im großen und ganzen erhält man den Eindruck, daß die vorgeschlagene Revision sich in recht bescheidenen Grenzen hält. Sie behält nicht nur die Erste Kammer bei, sondern verstärkt dieselbe noch und nur die Volkswünsche bezüglich der Zusammensetzung der Zweiten Kammer werden erfüllt.

Fragt man nun nach den Aussichten über das Zustandekommen dieser Reform, so wird in der Zweiten Kammer auf die Zustimmung sämtlicher bürgerlicher Abgeordneten mit Ausnahme des Zentrums zu rechnen sein. Das Zentrum, welches nach Gröber kein Fragekassen ist, wird ja mit seinen bekannten Forderungen noch herausrücken, Forderungen, welche namentlich die Schule für die Kirche reklamieren, denen ein moderner Staat niemals zustimmen kann. Es muß also auf die Mitwirkung des Zentrums verzichtet werden. Zur Erlangung der notwendigen $\frac{2}{3}$ Mehrheit ist daher die Zustimmung wenigstens eines Teils der Ritter erforderlich. Werden diese zu gewinnen sein und wie werden sich die Standesherrn verhalten? Das ist die Frage. Man spricht davon, daß der Versuch gemacht werden soll, das Budgetrecht für die Erste Kammer zu erlangen. Was aber die Erste Kammer in dieser Richtung beanspruchen kann, ist ihr im Art. 19 des Einkommensteuergesetzes gewährt worden. Ich halte eine weitergehende Forderung jetzt, wo die Erste Kammer durch ihre Verstärkung ohnehin eine einflußreichere Stellung erlangen wird, für durchaus unberechtigt. Daß ein gewählter Volksabgeordneter einer Privilegiertenkammer das Budgetrecht preisgibt, halte ich für absolut unmöglich. Soll nun der Zustand in Württemberg, daß neben einer reinen Privilegiertenkammer auch die Zweite Kammer zu einem Viertel mit Privilegierten besetzt ist, für alle Zeiten bestehen bleiben? Darin läge doch ein großes, ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen das steuerzahlende Volk. (Sehr richtig.)

Meine Herren! Ich will nicht daran glauben, daß die vom württ. Volke dringend begehrte Verfassungsrevision nochmals am Widerstand des Adels scheitert. Wer mit dem Volke draußen in Berührung steht, der weiß, daß in einzelnen noch ein Stück von jenem 48er Geist lebt, der sich gegen die Vorrechte der Geburt wendet. Es wäre für unser Land kein Glück, wenn die Ablehnung der Verfassungsrevision gewissen Agitatoren Gelegenheit geben würde, jenen Funken zur hellodernden Flamme anzu-

fachen. Wir müßten es aufrichtig bedauern, wenn durch allzustarres Festhalten an überlieferten Privilegien die Volkseidenschaft erregt, ja geradezu herausgefordert würden. Was die Stellung der Kammerfraktion zu dieser Frage betrifft, so werden wir Schulter an Schulter mit der Volkspartei kämpfen für die Erreichung desjenigen, was zwischen der Kommissionsmehrheit unter Mitarbeit und Zustimmung unserer Kommissionsmitglieder mit der Regierung vereinbart ist. Bleibt auch für uns mancher Wunsch unerfüllt, man muß sich eben bescheiden mit dem Erreichbaren.

Der Erledigung vor Ablauf unseres Mandats harret noch die Gerichtskostenordnung, ein Gesetzentwurf über die Bahneinheiten, ein (noch nicht eingebracht aber noch zu erwartender) Entwurf über die Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens.

Auf letzterem Gebiet sind wir etwas zurückgeblieben und es erleidet keinen Aufschub, das Versäumte nachzuholen. Unsere Stellung zur Frage wird sein: Ganzjähriger Unterricht während der Dauer von drei Jahren, Tagesunterricht, erteilt von eigens hiezu vorgebildeten Gewerbelehrern.

Unerledigt müssen wohl in dieser Legislaturperiode bleiben die längst angekündigte

Bau-, Weg- und Flußbauordnung, das Brandversicherungsgesetz.

Unerfüllt bleiben auch viele Wünsche in Beziehung auf den weitem Ausbau unserer Nebenbahnen. Dieselben sind unter dem Druck der ungünstigen Finanzlage etwas kurz weggekommen. Wenn auch die noch zu bauenden Nebenbahnen keine allzugroße Aussicht auf gute Rentabilität bieten, so ist doch darüber kein Zweifel, daß die Gegenden, welche vom Bahnnetz weit abliegen, wirtschaftlich ins Hintertreffen kommen. Die Billigkeit erfordert es, daß auch sie soweit möglich berücksichtigt werden, wie denn überhaupt der Bau von Nebenbahnen nicht bloß vom Gesichtspunkt der Rentabilität, sondern vielmehr nach allgemein volkswirtschaftlichen Gründen zu beurteilen ist. Was bedeuten zudem die paar Millionen für den Bau von Nebenbahnen im Vergleich zu den vielen Millionen, die der Stuttgarter Bahnhofumbau verschlingt und die auch nicht zur Erhöhung unserer Eisenbahnrente beitragen. Aufgabe von Regierung und Volksvertretung wird es sein müssen, dem Nebenbahnbau eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. (Zustimmung.)

Meine Herren! Ich will ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen. Werfen wir einen kurzen Blick auf das, was der Landtag in den letzten fünf Jahren geleistet hat, so ist von den großen Fragen nur die Steuerreform unter Dach gebracht; gelingt es, die in Angriff genommene Verwaltungs- und Verfassungsreform in befriedigender Weise noch zum Abschluß zu bringen, so wären die drei großen Reformwerke, die vor fünf Jahren auf den Wahlprogrammen die Hauptrolle spielten, erledigt und ich dünkte, die Kammer könnte sich mit ihren Arbeiten sehen lassen. Unsere Fraktion ist zwar klein an Zahl, aber in sich einig und geschlossen; wir haben uns bemüht, stets redlich mitzuarbeiten, getreu dem Parteiprogramm, immer den Blick auf das Ganze gerichtet, dabei die Interessen der einzelnen Erwerbsstände nicht außer Auge lassend. Wir lassen uns in dieser letzteren Richtung von keiner andern Partei übertreffen, speziell was die Fürsorge für die Landwirtschaft betrifft, auch vom Bauernbund nicht. (Bravo.) Wir haben das durch unsere Tätigkeit im Landtag und unsere Parteifreunde im Reichstag haben das insbesondere auch bei Beratung des Solktarifs bewiesen.

Meine Herren! Es ist schon soviel vom Zusammengehen der liberalen Parteien die Rede gewesen. Es ist wahr, wir haben viele Berührungspunkte mit der Volkspartei, wir sind vielfach zusammengegangen und unsere Wege werden uns noch öfter zusammenführen. Aber das kann uns selbstverständlich nicht in den Sinn kommen, die Selbständigkeit unserer Partei aufzugeben. Wir sind eine liberale Partei, aber wir sind auch national durch und durch. Wir können bei manchen Fragen mit den linksliberalen Parteien zusammengehen, aber den Weg, den die Stuttgarter Volkspartei bei der letzten Gemeinderatswahl eingeschlagen hat, gehen wir nicht mit. Eine Partei, die sich im Fall eines Kriegs erst überlegen will, ob sie das Vaterland verteidigen will, mag sich zum Bundesgenossen wählen wer will, für uns, die wir eine nationale Partei sind, ist die Sozialdemokratie keine Bundesgenossenschaft. (Lebhafte Beifall.)

Unsere Losung wird auch künftig sein: selbständig, immer geradeaus, nie gut Württemberg allweg, Deutschland über alles. (Langanhaltender Beifall.)

Hieber: Ueber Fragen der Reichspolitik.

Unser Volk hat seit langem kein so bewegtes politisches Jahr mehr erlebt wie das letzte. Und wenn vor zehn, fünfzehn Jahren die Jugend zumal über politische Langeweile klagte, so wird heute solche Klage nirgends mehr laut werden. Die Geschichte der auswärtigen Politik dieses Sommers wird ja noch nicht so bald geschrieben werden — wie es denn immer Jahrzehnte braucht, bis alle ihre Gänge, Motive und Entwicklungen klar vor den Augen liegen — und es empfiehlt sich nirgends so sehr wie hier maßvolle, zurückhaltende Vorsicht im Urteil. Aber soviel ist sicher, daß nur nahe die Kriegsgefahr an uns, an Europa vorübergezogen, daß, wenn auch das Gewitter vorüber ist, doch etwas wie Gewitterstimmung immer noch zurückgeblieben. (Sehr richtig!) Im Osten Asiens pocht die gelbe Rasse in ihrem siegesstolzen Gefühl an die Pforte, die zur Gleichberechtigung mit den alten Kulturvölkern der weißen Rasse führen soll. Rußlands Weltstellung ist erschüttert; was aus dem Chaos seiner inneren Wirren sich ans Licht ringen wird, ist schwer zu sagen. Frankreich ist durch die Schwerkraft der Ereignisse, die über Rußland hereinbrachen, von selbst an Englands Seite gedrängt worden. In England haben Stimmungen des Reibes, die das Wachstum unseres Handels, die Ausdehnung unserer wirtschaftlichen Beziehung über altererbte englische Handelsgebiete erzeugt, da und dort bis zu nationalem Haß und zur Gefahr kriegerischer Entladung geführt. Und wenn uns der Friede erhalten geblieben, so danken wir das in allererster Linie der Furcht vor unser eigenen Kraft. (Beifall.) Von Deutschland, seinem Kaiser und seinem Volk, seiner Leitung der auswärtigen Politik und seiner Volksvertretung, weiß die Welt, daß wir niemanden bedrohen. Wir brauchen den Frieden der Arbeit und wollen ihn von niemand uns rauben lassen.



Wir halten die Kulturgemeinschaft dreier Völker, wie das französische, das englische, das deutsche Volk sie darstellen, für ein hohes kostbares Gut, daß wir eine kriegerische Verwicklung nur auf das tiefste bedauern könnten. Niemand in Deutschland gefährdet den Frieden, höchstens die Sozialdemokratie, die nicht müde wird, im Bund mit den offenen und geheimen Gegnern, die wir da und dort haben, bei jeder Gelegenheit unsere Friedensliebe, Ehrlichkeit und Neutralität in aller Welt zu verdächtigen. (Zustimmung.) Wir haben es immer für die Pflicht der Volksvertretung gehalten, die Reichsregierung in allen Maßnahmen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die deutschen Interessen, das deutsche Ansehen in der Völkerwelt zu wahren, aber auch ernste Zeiten, wenn sie kommen sollten, mit Ehren zu bestehen, in allen Maßregeln, die jedem andern den Konflikt mit uns zu einem immer bedenklicheren Wagnis werden zu lassen. (Beifall.) Darum haben wir die Marokkopolitik Bülow's gebilligt und darum stimmen wir auch der Vermehrung unserer Kriegsflotte zu; denn jedes neue Schiff, das wir bauen, ist ein Unterpfand des Friedens und eine Sicherung unserer Kulturarbeit. Wir haben das Vorgehen Bülow's in der Marokkofrage für zweckentsprechend gefunden; denn es war auf nichts anderes gerichtet als auf Sicherung unserer Beziehungen und wertvollen Interessen dort, als auf die Hinderung der allmählichen Etablierung einer neuen französischen Provinz in Nordafrika. Hoffen wir, daß die Klärungen der letzten Monate, daß der feste Griff, den Bülow in das heimlich bereitete Intriguennetz getan, dem Frieden nützen und die Konferenz, die in diesen Tagen in Algieras zusammentritt, zur Sicherung des Friedens und Wahrung deutscher Interessen führen möge! (Beifall.)

Von Südwestafrika kann man nicht reden, ohne des schlichten Heldenmuts, das dort unsere Offiziere und Soldaten in Entbehrungen, in Hunger und Durst fast bis zum Wahnsinn, wie in kriegerischer Tapferkeit bewiesen haben und beweisen, dankbar zu gedenken. (Lebh. Zustimmung.) Unsere Offiziere haben bewiesen, daß sie nicht die sybaritischen Schwächlinge sind, als die eine frivole gewissenlose Presse sie zu verhöhnen nicht müde wird. Nicht bloß Romantik und Strebertum, nein der Wunsch nach Kriegserfahrung, nach Vervollkommnung im Beruf, nach Vorbereitung für ernste Zeiten, der ideale Gedanke, daß das Leben der Güter Höchstes nicht ist, hat unsere Offiziere und Soldaten hinausgetrieben. Die Beruhigungs-, Friedens- und Aufbauarbeit hat unter guten Auspizien begonnen. Der Reichstag hat den Bahnbau Lüderigbucht-Kubub aufs rascheste bewilligt. Möge das neue Jahr uns ein neues friedliches, neue Hoffnungen erweckendes Südwestafrika schenken! (Beifall.)

Der Reichstag wird demnächst die neue Flottenvorlage zu beraten haben, welche, wie bekannt, 6 große Panzerkreuzer, jährlich eine neue Torpedodivision, Vermehrung der Unterseeboote, Vergrößerung des Deplazements der Linienschiffe und großen Kreuzer, Vermehrung der Schiffsartillerie verlangt. Die Kosten werden im Lauf der nächsten 12 Jahre von 233 auf 328 Millionen anwachsen. Wenn man bedenkt, daß zur Zeit von deutschem Kapital im Ausland 8 bis 9 Milliarden arbeiten, daß die gesamten Ueberseeinteressen des deutschen Volkes ihrem Wert nach auf 30 Milliarden Mark zu beziffern sind, daß wir die zweite Handelsmacht der Welt darstellen, daß die deutsche Handelsflotte in den letzten Jahrzehnten von 327 auf 810 Millionen Mark gestiegen, daß etwa 60—70 000 Schiffs- und Hafnarbeiter direkt beschäftigt sind, daß dagegen wohl die Hälfte der deutschen Bevölkerung in ihrer Arbeitsgelegenheit von der ungehinderten Ein- und Ausfuhr auf dem Seeweg abhängig ist, daß weiter in dem Kriegsschiffbau auf Werften, Eisenwerken, Geschützgießereien, Bergwerken mindestens 120 000 Arbeiter beschäftigt sind, und daß der mit dem Seeverkehr zusammenhängende Arbeitslohn geschätzt wird auf 80—100 Millionen Mark im Jahr, so kann niemand sich der Notwendigkeit der Vermehrung der deutschen Kriegsflotte verschließen. Es wird sich fragen, ob wir bezüglich der 13 alten Schiffe der Regierung nicht eine Beschleunigung der Ersatzbauten nahelegen wollen, eine Frage, die auch von uns im Geist patriotischen Opfermuts behandelt werden wird. Der Gedanke eines schnelleren Ausbaus der Flotte ist in sehr weiten urteilsfähigen Kreisen lebendig. Ich halte jedenfalls das für gut, daß Tausende und Abertausende sich sagen: in Fragen nationaler Macht und Sicherheit erwarten wir nicht bloß den Segen und die Sorge von oben, sondern wir sind bereit, für Wehr und Schutz des Vaterlandes als für unsere ureigenste Sache selbst einzustehen. Und auch vom Standpunkt einer liberalen Partei wird man es begrüßen, daß ein gesteigertes Verantwortungsgefühl in diesen Dingen in weiten Kreisen des Volkes zum Ausdruck kommt. (Beifall.)

Daß das Ausland unsere Verhandlungen im Reichstag mit außerordentlichem Interesse verfolgen wird, ist selbstverständlich, und es würde einen großen Eindruck machen, wenn der Reichstag mindestens der Vorlage der Regierung ohne viel Feilschen seine Zustimmung geben würde. Es wäre das geradezu mit einer direkten Stärkung unserer auswärtigen Politik gleichbedeutend. Was die Stellung der einzelnen Parteien anbelangt, so ist für die Flottenvorlage eine Mehrheit jetzt schon so gut wie gesichert. (Bravo.)

Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn sie noch größer würde, wenn namentlich auch die radikale Linke des Reichstags — von der Sozialdemokratie sehe ich selbstverständlich ab — sich zur Zustimmung entschließen könnte. Es gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten des politischen Lebens, daß gerade diejenigen Parteien, welche den Freihandel auf ihre Fahne geschrieben haben, so wenig Verständnis übrig haben für das Hilfsmittel, das gerade dem Freihandel unentbehrlich ist. (Sehr richtig!) Es soll auch immer noch namentlich im Süden Leute geben, die meinen, man bewillige das Heer oder die Flotte für die Regierung und nicht für das Volk, eine Nativität und Krähwinkelei, wie sie bei politisch gereifteren Völkern in keiner Partei möglich ist. Als ob nicht jeder deutsche Mann an der Sicherheit des Landes und seiner Arbeit nicht gerade so interessiert wäre, wie der höchste Vertreter im Bundesrat! Man darf wohl erinnern an das Wort des Mannes, der auch bei uns in Württemberg immer weitere Kreise von Bewunderer gefunden hat, an Friedrich List, der schon vor fünfzig Jahren gesagt hat: „Es ist eine kleine Ansicht, eine Ansicht, die bei einer großen Nation ins Lächerliche geht, wenn man die Kosten einer Marine als Grund anföhrt, ihren Seeverkehr schutzlos zu lassen.“ Und

es war ein gutes Wort des alten Achtundvierzigers Karl Blind, der neulich schreibt: eine starke Flotte sei ein einfaches Gebot unerbittlicher politischer Notwendigkeit, und wenn auch etwa die Staatsform des heutigen deutschen Reiches eine Republik wäre, so könnte seine Flottenpolitik doch keine andere sein, als die von der Regierung vorgezeichnete. Die letzten Ereignisse haben auch dem Verstocktesten die Erkenntnis eingehämmert, daß wir uns im Ernstfall nur auf unsere eigene Kraft verlassen können. Der „Vorwärts“ hat kürzlich das Wort tief sinniger Weisheit geschrieben, zum Schutz unseres Handels brauchen wir keine Flotte. Man darf dem gegenüber erinnern an das Wort eines anderen Sozialdemokraten, Calwer: „Von diesem kleinbürgerlichen Standpunkt aus möchte man Politik treiben in Zeiten, wo Deutschland noch wenig in die Weltwirtschaft verstrickt war, aber heute, wo Deutschland England und den Vereinigten Staaten ebenbürtig zur Seite steht und nicht umhin kann, zu allen Fragen der Welt politik im Interesse seiner Industrie Stellung zu nehmen, da kann man wohl die Flottenpolitik sämtlicher moderner Industriestaaten aufs schärfste verurteilen, aber man kann dem eigenen Land nicht zumuten, eine Ausnahmestellung einzunehmen, die recht verhängnisvoll werden könnte. So wie die realen Verhältnisse heute liegen, hängt das Ansehen eines Staats im Ausland von seiner Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Land ab.“ Es mag für Calwer gut sein, daß er nicht in der Redaktion des „Vorwärts“ sitzt, sonst möchte er wohl das Schicksal seiner sechs Brüder geteilt haben. (Große Heiterkeit.)

Ich will auf die Kolonialpolitik nicht weiter eingehen. Demnächst soll die Kommission zur Prüfung der Frage der Landkonzessionen zusammentreten, in der sich Sachverständige der Regierung, des Reichstags und der Kolonialinteressenten befinden. Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß unter den vom Reichskanzler berufenen Mitgliedern auch unser Landsmann und Parteifreund Oberlandesgerichtsrat Dr. v. Rupp sich befindet, und begen die Zuversicht, daß er in der Beratung dieser wichtigen und schwierigen Fragen kolonialpolitisches und sozialpolitisches Verständnis zu vereinigen weiß. (Zustimmung.) Die Erkenntnis, daß wir die Kolonien, die wir haben, wirtschaftlich erschließen müssen durch Eisenbahnen und andere Verkehrswege und daß das zunächst Opfer kostet, hat auch in den Kreisen der Linken Schule zu machen begonnen.

Die schwierigste Frage, die den Reichstag in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen wird, ist die Reichsfinanzreform. Die erste Lesung im Plenum ist ja gestern endlich beschlossen worden und die Kommission wird sofort in Tätigkeit treten. Die Bereitstellung der für den finanziellen Bedarf des Reichs erforderlichen Mittel hat sich in den letzten Jahren immer schwieriger gestaltet. Einzelnen Bundesstaaten konnte die sofortige Leistung der Fehlbeträge im Reichshaushalt in Gestalt von Matrikularbeiträgen nicht zugemutet werden, weil dies zu einer Zerrüttung der eigenen Finanzen und damit der finanziellen Selbstständigkeit geführt haben würde. So ist man zu den sogenannten Zuschußanleihen und zur Stundung der Matrikularbeiträge gekommen — zwei beinahe verzweifeltten Auskunfts Mitteln, die nur als zeitweiliger Notbehelf entschuldigt werden konnten. Schon seit Jahren ist der Ruf nach Reichsfinanzreform erschollen, der in der Hauptsache immer auf das Suchen neuer Steuerquellen hinausläuft; denn alles andere ist schließlich eine mehr oder minder zweckmäßige Art der Hin- und Verschiebung von Geldern zwischen den Taschen des Reichs und denen der Einzelstaaten, womit aber bekanntlich wirklich neue Einnahmen für den einen Teil so wenig wie für den andern herauskommen. Die ständige Unterbilanz im Reichshaushalt muß beseitigt, eine organische Tilgung der Reichsanleihe Schuld muß eingeführt, das Verhältnis von Reich und Einzelstaaten muß neu geordnet, der Reichsinvalidenfonds muß erheblich gestärkt, das Militärpensionswesen geregelt, die Sätze der Naturalverpflegung und des Quartiersverpfleges müssen erhöht, die stets wachsenden sozialpolitischen Aufgaben des Reichs erfüllt, die Wehrkraft des Vaterlands zu Land und zu Wasser auf der Höhe gehalten werden — lauter Sachen und Pflichten auf finanzwirtschaftlichem, volkswirtschaftlichem, sozialpolitischem, militärischem Gebiet, die zum ersten Geld, zum andern Geld, zum dritten Geld kosten. Um nur einige der Hauptziffern herauszuheben, so sind zur Beseitigung der Unterbilanz im Reichshaushalt 80 bis 90 Millionen, zur Tilgung der Reichsschuld 21, für den Invalidenfonds 11, für die Flotte 76¹/₂ Millionen erforderlich. Kurz, es ergibt sich ein Bedarf an neuen Reichseinnahmen im Zeitpunkt der Höchstbelastung von rund 250 Millionen Mark. Die Regierung rechnet auf eine Mehreinnahme aus dem Zolltarif von 25 Millionen; denn von den zu erwartenden 70 bis 80 Millionen jährlichen Mehrertrags an Zöllen sind ²/₃ für die Witwen- und Waisenversorgung bereits festgelegt. Auch wenn man indessen jene 25 Millionen sich erheblich vermehrt denkt, bleiben immer noch 200 Millionen auf dem Weg neuer Steuern zu decken. Die Regierung hat ein ganzes Buktett neuer Steuern vorgelegt, bei dem der Duft der Zigarette so wenig vergessen ist als der des Automobils. (Große Heiterkeit.) Im einzelnen ist in Aussicht genommen: 1) Brausteuer mit 67 Millionen, 2) Tabaksteuer mit 28 Millionen, 3) Zigarettensteuer mit 15 Millionen, 4) Stempelabgaben mit 72 Millionen, nämlich a) Frachtfurdenstempel mit 41 Millionen, b) Personenfahrkarten mit 12 Millionen, c) Automobilabgaben mit 3 Millionen, d) Quittungstempel mit 16 Millionen. 5) Erbschaftsteuer mit 72 bezw., da 24 Millionen davon den Einzelstaaten verbleiben sollen, für das Reich 48 Millionen. Es würde heute zu weit führen, auf die Einzelheiten einzugehen. Nur über die Stellung unserer Freunde bemerke ich: Die Erhöhung der Brausteuer berührt uns im Süden nicht unmittelbar, betrifft vielmehr nur die norddeutsche Brausteuergemeinschaft. Unser einheimisches Bier würde durch den Vorschlag der Regierung nicht belastet. Es ist aber nicht leicht zu nehmen, daß in demselben Maß wie die norddeutsche Brausteuer sich die von den süddeutschen Staaten an das Reich zu zahlenden Ausgleichungsbeiträge erhöhen. Die Staffelung der Steuer nach dem Umfang der Betriebe sowie das Verbot der Malzgerststoffe — beides nach süddeutschem Muster — haben allgemeinen Anklang gefunden; aber ob sonst aus der Brausteuer die erhofften Beträge herauskommen, ob sie überhaupt eine Mehrheit zu finden vermag, glaube ich bezweifeln zu sollen. Wir konnten uns überhaupt damit nicht einverstanden erklären, daß 70% auf den Massenverbrauch und nur 30% auf direkte Einnahmen durch Belastung

der stärkeren Schultern gelegt werden sollen, und man wird in weiten Kreisen den Eindruck bekommen haben, daß die Haltung der national-liberalen Fraktion eine sozialpolitisch verständige und entgegenkommende gewesen ist. (Sehr richtig.)

Bei der Tabaksteuer werden wir für die Steuer auf Zigaretten stimmen, ebenso für Erhöhung des Zolls auf Importen, im übrigen haben wir schwere Bedenken mit Rücksicht auf die Interessen der heimischen Tabakindustrie.

Die Verkehrssteuern halten wir für nicht zeitgemäß. Speziell die Stempelsteuern auf Frachtbriefe, Postpakete, Quittungen würden zu einer Erschwerung des Verkehrs führen, zu vieler Quälerei im einzelnen und zur Steigerung der Unzufriedenheit in den mittleren Schichten unseres Volkes. (Sehr richtig.) Wir werden diese Steuern ablehnen. (Beifall.)

Ich persönlich bin für den Gedanken eingenommen, die Reineinnahmen der Eisenbahnen heranzuziehen, aber die Schwierigkeiten sind sehr groß. Wenn sie überwunden werden können, so soll es mich freuen. Daß der preussische Finanzminister und wohl auch der preussische Landtag anderer Ansicht ist, ist natürlich. Aber man sollte dort bedenken, daß Preußen seine großen Eisenbahnüberschüsse nicht bloß der Gunst seiner geographischen Lage und seiner Terrainverhältnisse sowie der Ueberlegenheit des Großbetriebs, sondern auch der Angliederung an das Reich verdankt. Es ist ja auch wieder eine Weinsteuer empfohlen worden, von konservativer Seite durch den Grafen Rantz, von linksliberaler durch den Abgeordneten v. Serlach. Für uns im Süden wird es sich ganz von selbst verstehen, daß wir einer Reichsweinsteuer unter keinen Umständen unsere Zustimmung geben können, insofern davon immer unser einheimischer Weinbau betroffen werden könnte, ja wenn man die Weintrinker allein besteuern könnte und zwar progressiv (Weiterleit), nach Qualität und Quantität progressiv, dann wäre es was anderes, aber es ist zu befürchten, daß hier die steuertechnischen Schwierigkeiten unüberwindlich sind. Die Weinsteuer wird nicht ernsthaft vertreten werden können.

Luxussteuern sind ja populär, aber sie tragen den schweren Stand an sich, außerordentlich kleine Beträge abzuwerfen.

Mit der Schaffung einer Reichserbschaftsteuer betritt das Reich grundsätzlich einen neuen Weg, indem zum erstenmal eine direkte Steuer in den Reichshaushalt eingeführt wird. Wir werden trotzdem unsere Zustimmung geben und versuchen, diese Steuer weiterhin so auszubauen, daß die Beträge, welche durch teilweise Ablehnung anderer Steuern ausfallen, auf diesem Weg wieder ersetzt werden können. Es ist Pflicht, der Reichsfinanznot diesmal gründlich abzuhelfen (Zustimmung), und auf einem anderen Weg geht das gar nicht, als einmal auch auf dem Weg direkter Reichssteuern. Es wird nicht zu umgehen sein, daß auch die wohlhabenden Kreise dieser Steuer gegenüber das Maß der Opferwilligkeit an den Tag legen, das sie schon zu beweisen Gelegenheit gehabt haben. Ein sehr großer Teil unserer Fraktion hält ferner die Wehrsteuer für eine Steuer, welche sie aus Gründen der Gerechtigkeit empfiehlt (Zustimmung). Ich habe diese Steuer immer verfochten, und würde es begrüßen, wenn sie durch Initiative der Reichstagskommission noch in die Steuervorlagen hineingearbeitet würde.

Was die Sozialpolitik anbelangt, so werden wir Gesetzesentwürfe zu erwarten haben betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und betreffend die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeits- oder Arbeiterkammern, zwei Gedanken, die ich wiederholt vertreten habe und die im Grundgesetz unsere lebhafteste Zustimmung finden werden. In dem, was man Mittelstandspolitik nennt, werden wir uns nach wie vor bemühen, auch die Interessen des mittleren und kleineren Gewerbs- und Kaufmannsstandes wie des bäuerlichen Mittelstandes aufs nachdrücklichste zu vertreten. Wir werden zustimmen, daß der Meistertitel im Handwerk eine größere gesetzliche Bedeutung und volleren Inhalt bekommt. Wir haben einen Antrag eingereicht, der das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in einer Reihe von Beziehungen verbessern und ausbauen soll. (Beifall.) Wir stehen in Wahrung der wirklichen Interessen der mittleren Erwerbsstände, die vielfach hart um ihre Existenz und ihr Fortkommen ringen müssen, hinter keiner anderen Partei zurück. Nur Unkenntnis oder böswillige Tendenz kann das bestreiten. Eine Reihe von Initiativanträgen aus unserer Mitte ist aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß die Erhaltung und Gesundheit des Mittelstandes eine unentbehrliche Voraussetzung der Gesundheit unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse überhaupt ist.

Die wichtigsten Fragen der Handelspolitik sind ja glücklicherweise auf eine Reihe von Jahren erledigt. Mit dem 1. März treten die neuen Handelsverträge in Kraft. Es bleibt noch übrig das Handelsverhältnis zu Nordamerika, das Regierung und Reichstag manch harte Nuß zu knaden geben wird. Wenn man rückblickend die heftigen Kämpfe der letzten Jahre überblickt, dann muß es sonderbar berühren, wie schnell die Anschauungen gewechselt haben. Es sind noch nicht 60 Jahre her, da hat es in Deutschland für ausgemacht gegolten, daß jeder Liberale ein Schutzzöllner und jeder Freihändler ein Reaktionsär sein müsse. Noch in den 70er Jahren sind die konservativen Großgrundbesitzer des preussischen Ostens befanntlich Freihändler gewesen. Es wird wenige Völker geben, welche diese trockenen Geschäftsfragen, wieviel Zoll eine Ware zu vertragen vermöge oder verlange, mit einer Wut behandeln, als ob nur Landesverräter oder ganz verworfene Menschen anderer Meinung sein könnten. Wir dürfen froh sein, daß diese Kämpfe in einem Sinn entschieden worden sind, der einem gerechten Ausgleich der vorhandenen Interessengegensätze entsprach. Wir haben durch unsere Haltung in diesen Fragen nicht allzuviel Dank geerntet, weil wir uns niemals auf einen reinen Interessenstandpunkt zu stellen vermochten, sondern immer als höchstes Ziel im Auge behielten einen Ausgleich der Interessen. Der Gedanke muß immer wieder ausgesprochen werden, weil es immer noch Hunderte und Tausende gibt, denen er noch

nicht eingeht. (Beifall.) Es ist einfacher und in der Agitation selbstverständlich erfolgreicher und dankbarer, in wirtschafts- und handelspolitischen Fragen ein Interesse ausschließlich zu vertreten; ob es darum richtiger, ob es auf die Dauer zugkräftiger ist, das ist eine andere Frage.

Auf Parteiverhältnisse und Gegensätze will ich heute nicht näher eingehen. Daß wir zum Zentrum in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehen, brauche ich nicht weiter auszuführen. Da der Toleranzantrag in seiner jetzigen Fassung 14 §§ enthält, so ist für den Bedarf der Ruhhandelspolitik auf viele Jahre hinein reichlicher Vorrat vorhanden. (Weiterleit.)

Es ist tief beklagenswert, daß der größte Teil der Industriearbeiterschaft in Deutschland der Fahne der Sozialdemokratie folgt. Trotzdem es eine in der gesamten Kulturwelt, eine in der gesamten volkswirtschaftlichen und politischen Wissenschaft anerkannte Tatsache ist, daß das Deutsche Reich in seiner sozialen Gesetzgebung führend und vorbildlich vorgegangen ist für die übrige Welt, daß nirgends durch Zwang des Staatsgesetzes der Kreis der Unternehmer und Arbeitgeber zu Lasten zugunsten der Lohnarbeiter in dem Maß und Umfang wie in Deutschland herangezogen wird, trotzdem auch unsere unteren Klassen an dem wirtschaftlichen Aufschwung unseres Volkes ihren Anteil haben — trotzdem treiben die sozialdemokratischen Agitatoren und ihre Presse eine jede Freude am Vaterland geflissentlich ertönde, jede ideale Staatsgefinnung vernichtende Berührung und zwar mit Erfolg. In allen Fragen der auswärtigen Politik ist die deutsche Sozialdemokratie die rückständigste Arbeitervertretung der Welt (sehr richtig!) und raubt den Arbeitern jede Empfindung dafür, daß an der Erhaltung der deutschen Macht, des deutschen Ansehens der Industriearbeiterstand mindestens dasselbe Interesse hat wie jeder andere Stand. Sie durchkreuzt in den schwierigsten Situationen die Absichten unserer nur auf die Erhaltung des Friedens und des deutschen Ansehens gerichteten auswärtigen Politik und stärkt durch ihre bramarbasierenden Drohungen geradezu die Hoffnungen des Auslands auf Schwächung unserer Kraft. Man fühlt mit allen Völkern und Stämmen, die irgendwo in Asien und Afrika als Boyer und Herero zu den „Proletariern aller Länder“ zu gehören scheinen — nur nicht mit dem eigenen Volk. Man hat auch für die wüsten Greuel der russischen Revolution immer noch eine liebevoll verständnisvolle Entschuldigung — aber für die deutschen Offiziere und Soldaten in China und Afrika dünkt einem kein Hohn und Schimpf zu roh. Vielleicht erinnern sich die deutschen Arbeiter auch einmal wieder an die unscheinbare Tatsache, daß es Deutsche sind, die dort drunten in Afrika ermordet wurden, Deutsche, die heute dort kämpfen, Deutsche, die das Opfer des lettischen Bundeschuhs geworden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Indem die Sozialdemokratie immer frivoler mit dem Feuer spielt, nimmt sie eine Verantwortung auf sich, die sie nicht tragen kann. (Zustimmung.)

Ich zitiere aus einigen der angesehensten Gewerkschaftsblätter, wenn ich von der verfahrenen, haltlosen, in sich zusammenstürzenden Politik der „sozialrevolutionären Ultras“, von der „Legende der Revolutionsromantik“, „von der wahnsinnig fanatischen Scharfmacherei der tonangebenden Hezer“ rede, und erst jüngstens schreibt der Korrespondent der Buchdrucker-Gewerkschaft: „Was früher als anarchistischer Blödsinn bezeichnet wurde, das wird heute als wirksamste Waffe der deutschen Arbeiterschaft betrachtet.“ „Bei vielen großen Streiks standen die Niederlagen in den letzten Jahren für jeden denkenden Gewerkschafter von vornherein fest, aber niemand durfte wagen, die Arbeiterschaft von den einzelnen Kämpfen zurückzuhalten; er wäre gesteinigt worden.“ Es wird der Regierung, es wird den bürgerlichen Parteien immer schwerer gemacht, dem allem gegenüber ein ruhiges, den sozialen Frieden förderndes Verhältnis zu gewinnen. Wir wissen sehr wohl, daß nicht jede vorlaute Rede eines sozialdemokratischen Agitators Thron und Staat bedroht, und daß, wenn es von revolutionären Hezreden zu revolutionären Handlungen kommen sollte, derer, die darin sich verstrickten, eine vernichtende Niederlage wartete, daß die tobenden und auch schmutzigen Wellen, die eine bewegte Zeit wirft, sich an den starken Dämmen unserer festgefügteten Staatsordnung brechen. Aber das kann nicht alleinige Grundlage und Ziel unserer Arbeit und Hoffnung sein. Graf Posadowsky hat in dem einen nicht unrecht gehabt, daß ein neuer Idealismus, eine neue Opferwilligkeit unserem Volke und gerade auch dem Bürgertum not tue. Es gilt den Kräften der Zersegung ein wachsameres nationales Gemeinheitsbewußtsein entgegenzustellen, dem törichtesten Gerede von der einen reaktionären Masse das einheitliche staatserhaltende, aber auch staatsförmig hegende Bürgertum. Es gilt allen Revolutionsphrasen gegenüber den Gedanken auf den Leuchter zu stellen, daß die Erhaltung der staatlichen Ordnung für jedes politisch gereifte Volk der erste aller Staatszwecke und das oberste aller politischen Güter ist. Das ist nicht bürgerliche oder liberale Ideologie, wie uns Klassendemagogen vorwerfen möchten, das ist ein Eckstein deutscher politischer Arbeit, wie ihn unsere ersten philosophischen und politischen Männer in Gedanken, Wort und Tat in den letzten Generationen unverrückbar gesetzt haben. (Bravo!)

Unsere Partei hat im Reichstag mitgearbeitet getreu ihrem Programm. Wir wollen nicht unfehlbar sein, wir sind für Belehrungen und Tadel durchaus empfänglich, können aber für uns in Anspruch nehmen, daß wir nach bestem Gewissen auf nationalem Boden einer liberalen und idealen Staatsauffassung unsere Pflicht getan haben und noch tun. Bismarck hat einmal gesagt: „Es vergeht oft eine lange Zeit, oft viele Jahre, bevor man in der Politik sich überzeugt, ob das Gewollte oder Geschehene das Richtige war oder nicht“, ein Wort, das uns zur Bescheidenheit, aber auch manchmal zur Selbstberuhigung dienen mag. Wir hoffen und wünschen, daß unsere Partei auf dieser Grundlage alle ihre politische Arbeit auch ferner tun, und daß solche Arbeit ihr stets neue Kräfte zu freudiger und begeisterter Mitarbeit zuführen möge!

(Langanhaltender rauschender Beifall.)

Bekanntmachung.

Nachdem die neu festzustellende **Baulinie** für die **Verlängerung der Rennbachstraße** und **Hohenlohestraße** vom Schlachthaus bis zur Rennbachbrauerei eine Abänderung erfahren hat, ist der Plan hierüber zur Einsicht durch die Beteiligten 8 Tage lang vom **10. bis 17. März d. J.** auf dem Rathause öffentlich aufgelegt.

Etwasige Einsprachen sind innerhalb dieser Frist schriftlich oder mündlich bei dem Stadtschultheißenamt geltend zu machen.

Wildbad, den 9. März 1906.
Stadtschultheißenamt:
Baehner.

Wildbad. Fahrris- Versteigerung.



Nächsten
Montag, 12. März
vorm. 9 Uhr

läßt Unterzeichnete wegen Räumung ihrer seitherigen Wohnung im Nebengebäude des Maler Schmid'schen Hauses eine **Fahrrisversteigerung** abhalten, wobei vorkommt:

Kästen, Komode, Tische, Sessel, Betten (4 Rohhaarmatratzen), **Weißzeug, Küchengeräth** und noch vieles andere.

Frau Danner, We.

Kurverein Wildbad.

Da die Liste der Mitglieder bis **15. März ds. Js.** behufs Aufnahme in den zur Verteilung an die Kurgäste gelangenden Fremdenführer fertig gestellt sein soll, bitte ich diejenigen, welche dem Kurverein noch beitreten wollen, ihre Anmeldung sofort zu vollziehen.

Wildbad, den 9. März 1906.

Der Vorstand.

Die Ortsgruppe der deutschen Partei in Wildbad

(Liberale Vereinigung)

beabsichtigt

Sonntag, den 11. März 1906

eine **Zusammenkunft** mit den Parteifreunden in **Neuenbürg**. Abfahrt Wildbad 3 Uhr 30 Min. Versammlungsort **Gasth. z. Bären**, Neuenbürg. Herr Parteisekretär **Reinath** von Stuttgart hat für diese Versammlung einen **Vortrag** in Aussicht gestellt.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht

Der Vorstand.

Hauskauf-Gesuch.

Ich bin beauftragt, in **Wildbad** ein Anwesen zu kaufen, welches sich zur Errichtung eines

Kolonialwaren- und Delikatessengeschäfts eignet und erbitte mir Offerten mit Preisangabe und kurzem Beschreib.

Salomon Metzger, Güteragent,

Pforzheim, Telefon No. 217.

Schützenverein Wildbad.

Sonntag, den 11. März

Salvator-Schießen.

Active und passive Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

Das Schützenmeisteramt.



Metzgerschmalz

garant. rein. e.heim. echtes Schweineschmalz

mit feinem Griebengeschmack in emaillierten Blechgefäßen als:

Eimer	ca. 20-35 Pfd.	2 Pfd.	sowie in 10 Pfund-Dosen.
Ringhafen	15-20-35 "	2 Pfd.	à M. 6.50 g. Nachn. v. Vorsch.
Schwenkessel	30-40-60 "	2 Pfd.	Wilh. Beurlen jr.
Zeigschüssel	15-30-50 "	2 Pfd.	Kirchheim-Teck 119 Württ.
Wassertopf	20-40 "	2 Pfd.	In Holzgeb. Preisl. z. Dienst.

Nachnahmegebühren werden nur beim Metzgerschmalz vergütet.

Tausende Anerkennungs-schreiben!

Bestes Hamburger Stadtschmalz, garant. reines Schweineschmalz, in 10 Pfd.-Dosen M. 5.60, 25 Pfd.-Eimer à 55, 1/2 Ztr.-Kübel 54, 1 Ztr.-Fäße 53 bei Obigem.

Forstamt Meistern. Schlagraum-Verkauf.

Am **Samstag, den 17. März**
Vormittags 9 Uhr
auf der Forstamtskanzlei aus **Abt. 18** Meisternebene und **Abt. 27** Vorderes Sulzhäusle unausgeprägtes **Buchen u. Nadelholz** reifig, geschätzt zu 1350 Wellen.

Bekanntmachung.

Infolge einer Tohlenanlage zum neu zu erstellenden Schwimmbadgebäude ist die **Digastraße** für die Zeit von **12. bis 17. März d. J.** für Fuhrwerke **gesperrt.**

Wildbad, den 9. März 1906.
Stadtschultheißenamt:
Baehner.

Liederkranz Wildbad.

Heute **Samstag**,
um 9 Uhr

Zusammenkunft

im **Gasth. z. „Stern.“** Besprechung wegen der am Sonntag in **Schömberg** stattfindenden **Gauversammlung.**

Der Vorstand.

Waldpflanzen

namentlich schöne verschulte **Fichten, Föhren** und **Weißtannen**, sowie alle anderen Sorten **Nadel- und Laubholzpflanzen** empfiehlt

Ch. Geigle,

Samenhdlg. u. Forstbauschulen,
Magold.

Preisverzeichnis zu Diensten.

Turn-Verein Wildbad.

Samstag, 10. März
abends 8 Uhr

Versammlung

in der **Restauration „Eintracht.“**
Der Vorstand.

Dankbarkeit

amngt mich, gern u. unentgeltlich **hals-, Brust- und Lungenleidenden** jeglicher Art mitzutheilen, wie ich durch ein einfaches, billiges und erfolgreiches Naturprodukt von meinem qualvollen Leiden befreit worden bin.
Lehrer **Baumgartl** in Krammel bei Aulzig (Elbe).

Teinacher Hirschquelle

Niederlagen: **Christof Batt, Christ. Schmid, W. Treiber.**

Schon ein ganz kleiner Zusatz von MAGGI'S Würze

macht schwache Suppen, Saucen, Gemüse usw. gut und kräftig im Geschmack. Bestens empfohlen von **Fr. Treiber, Hauptstr. 99.**

Viele Anerkennungen.

Metzgerschmalz

einheimisches, garantiert reines echtes Schweineschmalz mit feinstem Griebengeschmack, in 10 Pfd.-Blechdosen à M. 6.50 sowie in emaillierten Blechgefäßen als:

Eimer	20-30 Pfd.	2 Pfd.	v. Nachn. od. Boreinsdg. des Betrags.
Ringhafen	12-40 "	2 Pfd.	Für Holzgeb. bes. Preisl. zu Diensten.
Wassertopf	12-40 "	2 Pfd.	Eugen Kappler
Zeigschüssel	20-50 "	2 Pfd.	Kirchheim-Teck, Württ.

Nachnahmegebühren vergütet sofort.

Bekanntmachung

Denjenigen hier wohnenden männlichen Personen, welche im Besitz der württembergischen Staatsangehörigkeit sind und das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, steht, sofern bei ihnen keine gesetzlichen Verjagungsgründe vorliegen und sie seit den drei letzten Rechnungsjahren an die Stadtkasse ununterbrochen Steuern aus ihrem Vermögen oder Einkommen und außerdem Wohnsteuer entrichtet haben, das Recht zu, die Erteilung des hiesigen Bürgerrechts gegen Bezahlung der statutenmäßigen Gebühren zu beanspruchen. Hieron werden dieselben gemäß gesetzlicher Vorschriften in Kenntnis gesetzt.

Wildbad, den 7. März 1906.

Stadtschultheißenamt:
Baehner.

Bekanntmachung.

Die feuerwehropflichtigen Einwohner, soweit sie bei der freiwilligen Feuerwehr noch nicht eingestellt sind, werden aufgefordert sich **spätestens bis 31. März** bei dem **Feuerwehrkommando** zu melden, widrigenfalls sie für den Nichtertritt festgesetzte Jahresabgabe zur Feuerlöschkasse zu bezahlen haben.

Wildbad, den 7. März 1906.

Stadtschultheißenamt:
Baehner.



25 Liter
Weiss- oder Rotwein
für **Mk. 12.50** Faß leibweise nur **Mk. 12.50** franko retour
20 Flasch. Weiß- od. Rotwein 12.50
10 " " " " 6.10
mit Glas u. Kiste (Nachnahme):
Weisswein Liter à 4), 50, 60 Pfg.
Rotwein à 50, 60, 70, 80 Pfg.
Bahnstat. angeben. Berl. Preisliste.
J. Fraß, Ziegelheim, 13 Pfalz.
Wer etwas gutes will, wende sich vertrauensvoll an diese Quelle.

Liebhaber

eines zarten, reinen **Gesichts** mit rosigem jugendfrischen **Aussehen**, weißer, sammetweicher **Haut** und blendend schönem **Teint** gebrauchen nur die allein echte: **Steenpferd-Filienmilch-Seife** v. **Bergmann u. Co., Radebeul** mit Schutzmarke: **Steenpferd.** à St. 50 Pfg. bei **Sofapoth. Dr. Metzger.**

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste.

Bereins-Bank Wildbad

(eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht.)

Aktiva

Bilanz pro 31. Dezember 1905.

Passiva

Aktiva			Passiva		
	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ
Kassenbestand	27 971	84	Geschäftsanteile der Mitglieder einschließlich 6 %		
Wechselbestand	545 825	71	Dividende pro 1905	380 131	89
Effectenbestand	1 970	—	Reservefonds einsehli. der Zuweisungen pro 1905	160 000	—
Anlage des Reservefonds in mündelsicheren Papieren	165 838	—	Aufgenommene Anlehen und Spareinlagen		
Mobilien	200	—	a) mit 6monatl. Kündigung Mt. 1 795 397.54		
Geschäftsausstände in laufender Rechnung	1 292 333	57	b) " tägl. Kündigung " 70 800.77	1 866 198	31
" " Vorschüssen	504 388	85	Guthaben der Mitglieder in laufender Rechnung	262 336	70
" " bei Banken	145 426	79	" " Banken	4 683	69
" " offene Zinsraten	13 702	86	Trattenverbindlichkeiten	4 187	85
			Zum Voraus erhobene Zinsen und Discoutobeträge pro 1906	3 861	98
			Noch zu bezahlende Steuern	2 388	98
			Gewinnvortrag	13 868	22
	2 697 657	62		2 697 657	62

Mitgliederzahl

am 1. Januar 1905	672
neu eingetreten	65
	737
ausgeschieden: durch Tod	15
freiwillig oder infolge Wegzugs	10
durch Ausschluß	8 33
Stand am 31. Dezember 1905	704

Der Vorstand:

Fr. Treibey, C. Baehner, W. Almer.

Rabattmarken.

Möbel

für jeden Stand.

Zum Jahrmarkt Pforzheim

und die folgenden Tage

Gelegenheitskäufe

zu
staunend billigen Preisen.

Möbel-Halle

Leopoldstr. 18.
Hof, Lagerhaus.

Dampfwaschanstalt Birkenfeld.

Den Herren Hoteliers, Pensionsbesitzern und sonstigen Interessenten zur Nachricht, daß wir ab 1. Mai ds. Js. unsere Wäschewagen während der Saison

täglich nach Wildbad

laufen lassen werden zur Abholung und Ablieferung von Hotel- und Privatwäsche jeder Art.

Wir empfehlen unsere auß. modernste eingerichtete Dampfwaschanstalt unter Zusicherung sauberster Ausführung und prompter Bedienung, bei größter Schonung der Wäsche.

Telefon:
Amt Birkenfeld No. 2.

Dampfwaschanstalt Birkenfeld
Gebr. Maneval.

Telefon Nr. 33.

Redaktion, Druck und Verlag von A. Wildbrett, Wildbad.

